

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 36 Mark, monatlich 12 Mark einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Leipzig, den 17. Oktober 1922. Anzeigenpreis: Vereino-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 M. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 20 0/10. Abhalt. wird nicht angenommen.

Leipzig, den 17. Oktober 1922

Abonnementspreis: Vierteljährlich 36 Mark, monatlich 12 Mark einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Leipzig, den 17. Oktober 1922. Anzeigenpreis: Vereino-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- u. Todesanzeigen 7,50 M. die fünfzeilige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reklameanzeigen 20 0/10. Abhalt. wird nicht angenommen.

Nr. 121

Beitragsleistung und Unterstufungsätze ab 29. Oktober 1922

Nach dem Beschlusse der Leipziger Generalversammlung soll der Verbandsbeitrag mindestens die Höhe eines durchschnittlichen Stundenlohns betragen, während die Unterstufungen nach der Höhe des Beitrags abgestuft werden sollen. In Ausführung dieses Beschlusses hat der Vorstand nachstehende Beschlüsse gefaßt, welche vom 29. Oktober 1922 an in Kraft treten:

Der Verbandsbeitrag beträgt pro Woche für
 Vollmitglieder 65 M. ordentlichen und 25 M. Ertragsbeitrag, zusammen also 90 M.,
 Gewerkschaftsmitglieder 50 M. ordentlichen und 15 M. Ertragsbeitrag, zusammen also 65 M.,
 Invalidentaschenglieder (§ 6a der Satzungen) 15 M. ordentlichen und 5 M. Ertragsbeitrag, zusammen also 20 M.

Der Beitrag für die Mitglieder der Lehrstufungsabteilung beträgt pro Woche 3 M.

Das Eintrittsgeld beträgt:
 nach § 3 Abs. 1 der Satzungen 35 M.
 „ § 3 Abs. 2 „ „ 65 „

An Unterstufungen werden gezahlt:
 Reiseunterstufung:
 nach 13 bzw. 26 Beiträgen 50 M. pro Tag
 „ 75 „ „ „ 75 „ „ „

Ortsunterstufung:
 nach 52 Beiträgen 75 „ „ „
 „ 150 „ „ „ 65 „ „ „
 „ 500 „ „ „ 75 „ „ „

Gemahrgelassenunterstufung:
 nach 52 Beiträgen 150 „ „ „
 „ 150 „ „ „ 195 „ „ „
 „ 500 „ „ „ 225 „ „ „

Krankenunterstufung:
 nach 26 Beiträgen 50 „ „ „
 „ 250 „ „ „ 65 „ „ „

Invalidentaschenglieder:
 in der niedrigsten Staffel . 40 M. pro Tag
 „ „ mittleren „ . 50 „ „ „
 „ „ höchsten „ . 65 „ „ „

Amalgamunterstufung:
 nach 52 Beiträgen eine der Beitragszahl entsprechende Beihilfe im Mindestfalle 900 M.
 „ 100 „ „ „ 1250 „
 „ 200 „ „ „ 1600 „
 „ 300 „ „ „ 2000 „
 „ 500 „ „ „ 5400 „
 bis zum Höchstfalle von 5400 „

Begräbnisgeld:
 nach 52 Beiträgen 1900 M.
 „ 100 „ „ „ 3800 „
 „ 250 „ „ „ 5650 „
 „ 500 „ „ „ 7650 „
 „ 750 „ „ „ 9000 „
 „ 1000 „ „ „ 10350 „
 „ 1250 „ „ „ 11700 „
 „ 1500 „ „ „ 13050 „

In der Bezugsdauer der einzelnen Unterstufungsätze hat sich nichts geändert.

Den aus dem Krankenhaus entlassenen Reisenden (§ 9 der Bestimmungen über die Unterstufungsbestimmungen) werden für jede dort zugebrachte Woche (Krankheitsdauer unter vier Tagen wird nicht gerechnet) 45 M. gewährt, und zwar bis zur Geländedauer von sieben Wochen = 315 M. Auf laufende Krankenunterstufung haben reisende Mitglieder, die sich in Krankenhäusern befinden, keinen Anspruch.

Der Vorstand

Zur Beitrags- und Unterstufungs-erhöhung

Die Leipziger Generalversammlung im Juli 1922 hat eine grundsätzliche Änderung in der Beitrags- und Unterstufungsleistung vorgenommen: der jeweilige Stundenlohn wurde maßgebend für die Höhe des Verbandsbeitrags gemacht. Die kolossale Marktentwertung bedingte geblieben, Lohn, Beitrag und Unterstufung in ein solches Verhältnis zueinander zu stellen, daß das eine nicht unter dem andern zu leiden hat. Dieses andre ist einmal die Organisation, und zum andern Male sind es die Mitglieder persönlich. Die Gewerkschaften hätten an sich einen schnellen Ausbesserungsprozess praktiziert, wenn sie in der alten Methode der Beitragsfestsetzung fortgefahren wären. Abgegeben vom Postkutschentempo dabei, war das auch eine Unmöglichkeit, die zu den neuen Verhältnissen, die allerdings weit weniger ein Segen als ein Malheur sind, nicht mehr paßte. Die Führung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hatte übrigens bei den Gewerkschaften schon darauf gedrungen, mit der Selbstanspumpung Schluss zu machen. Die Mitglieder müßten einsehen, daß ihre Organisationen nicht kapitalstark und -schwächer werden dürfen, derweilen ringsum riesenhafte Kapitalanhäufung stattfand und der Kapitalismus selbst den Gewerkschaften, seinen immer noch entscheidenden Bedrängern, häufiger und deutlicher zu verstehen gibt, daß er einen Schicksalsfanze zu wagen bereit ist. Das wurde in den Reihen der Gewerkschaften wohl begriffen. Auch nach unfruchtbarer Leipziger Generalversammlung gab es im allgemeinen nicht und auch nach dieser Richtung keinen Widerspruch oder gar lärmenden Protest. Daß das nicht immer so war, bezog sich in Nr. 146 von 1921 erschienenener Profestartikel unterseits gegen die in verschiedenen Orten aufgekommene Opposition gegen die damalige Beitrags-erhöhung.

Die Gewerkschaftskonferenz im September 1922 hat dann in eingehender Beratung und unter Mitwirkung der Gewerkschaften beschlossen, daß die seit dem Sommer d. J. in schlimmer Weise verschlechterten Geldverhältnisse die Beibehaltung eines gleichen Beitrags während eines Vierteljahres nicht gestatten. Es müßten vielmehr, sollte der Verband seinen gewerkschaftlichen wie seinen humanitären Aufgaben in dem durch die fortschreitende Geldentwertung stark gesteigerten finanziellen Maße gerecht werden können, die zwischenzeitlich eintretenden Änderungen des Lohnniveaus sich auch beim Beitrag auswirken. Der Vorstandsvorstand erhielt deshalb Auftrag, in dieser Form den Leipziger Generalversammlungsbeschluss ferner zur Ausführung zu bringen. In Nr. 112 wurde darüber ausführlich berichtet. Die Beschlüsse dieser Gewerkschaftskonferenz haben ein solches Verständnis in der Kollegenchaft gefunden, daß aus keinem Versammlungsberichte sich ein gegenständlicher Standpunkt ergab.

Der Stundenlohn als Wochenbeitrag ist gegenwärtig eingeführt in folgenden 17 Organisationsarten: Bauarbeiter, Bekleidungsarbeiter, Brauer und Mühlenarbeiter, Buchbinder, Buchdrucker, Fabrikarbeiter, Friseur, Holzarbeiter, Lederarbeiter, Maschinenisten und Feiger, Porzellanarbeiter, Schmiedefeger, Schuhmacher, Steinarbeiter, Tabakarbeiter, Textilarbeiter, Zimmerer. Die Bäcker und Konditoren, Dachdecker, Gärtner, Schiffszimmerer und Polierer zahlen 80 bis 90 Proz. vom Stundenlohn. Eigentlich gehören die Buchdrucker in diese zweite Gruppe, denn bei uns gilt bekanntlich nicht der volle Stundenlohn, sondern das ist in einem Orte mit 12 1/2 Proz. Lokalszuschlag ergebende Minimum für einen Verheirateten der Klasse C. So kommt es denn, daß wir Buchdrucker nur 90 M. Verbandsbeitrag haben, leben der ausgehülsten Organisationsarten aber 100 bis 105 M. erheben, darunter auch die uns im Lohne nachstehenden Tabakarbeiter, Schmiedefeger und Friseur. Der Übergang zum Stundenlohn als

Beitragsbasis ist auch in den übrigen Gewerkschaften nur eine Frage kurzer Zeit; man kann sagen, diese Entwicklung ist schon überall auf dem Marsche.

Gerade vom gewerkschaftlichen Standpunkt aus ist das sehr zu begrüßen, denn vor allem wird die Kampfkraft der Organisation dadurch gehoben. Wenn bei uns gegenüber der Bekanntmachung in Nr. 112 jetzt die Unterstufungsätze ebenfalls wieder mit erhöht werden können, so kann das mit Befriedigung erfüllen. Die Ausschalen sind doch leider so, daß vorderhand mit zunehmender Arbeitslosigkeit zu rechnen ist. Die anderen Zweige stellen ja auch mehr oder weniger Ambulanzen des wirtschaftlichen Kampfes dar, wie auf der Münchener Generalversammlung ganz richtig von dem Referenten der materiellen Kommission gesagt wurde.

Wenn man bedenkt, daß in der Vorkriegszeit der Beitrag zum Verband ungefähr zwei Stundenlöhne ausmachte, dieser Satz nun aber selbst für den Neuausgeleiteten in einem Ort ohne jeden Lokalszuschlag um 22 M. nicht erreicht wird, während die verheirateten Kollegen in Orten mit 25 Proz. Lokalszuschlag sowie in Berlin und Hamburg um rund 10 M. unter einem Stundenlohn bleiben, dann kann das neue Beitragsmaß sehr wohl als erträglich gelten. Machte deshalb kein Verbandsmitglied den Beitragskassierer das Amt schwer, und diese mögen bemerkt sein, immer mit dem Orskassierer pünktlich und glatt abzurechnen. Lasse es auch niemand mehr zu Reflex kommen, denn sie werden bei der Berechnung nun nach dem jeweils geltenden Beitragsätze berechnen.

Müßte im einzelnen dargestellt werden, welche inldige des traurigen Marktstandes riesigen Anforderungen aller Art die Verbandsleistung mit dem Beitrage von 90 M. erfüllen soll, dann wäre überhaupt kein Wort zu verlieren über die ab 29. Oktober von neuem eintretende Notwendigkeit, den Verband in jedem Betrage leistungsfähig zu erhalten. Wer wollte das nicht? Wer könnte in solcher Vorstellung behaupten, dieser Beitrag wäre zu hoch? Wer als richtiger Gewerkschaftler möchte von seiner Organisation wohl mehr nehmen, ihr aber weniger geben? Sind nicht gerade die organisierten Buchdrucker in allen Zeiten die Vorbilder opferwilliger Gewerkschaftstreue genannt worden? Will nicht die heutige jüngere Buchdruckergeneration in manchem den alten Buchdruckergeist überflügeln? Wohlja, hier ist eine Probe aufs Exempel gegeben, guter Tradition zu folgen! Für ältere Genossen, so da gewerkschaftlicher Erstfassung bedürfen, ebenfalls.

Die Frage der Organisationsform

Schon seit Jahren bildet das Problem der Organisationsform der Gewerkschaften Gegenstand lebhaften Meinungsanstausches. Das Für und Wider einer Änderung der bestehenden Zustände wurde vielfach leidenschaftlich erörtert und keiner wird bestreiten wollen, daß ein engerer Zusammenchluss der gewerkschaftlichen Kräfte notwendig ist. Nur über die zu wählende Form herrscht und herrscht auch heute noch die denkbar größte Meinungsverschiedenheit, und es wäre eine übertriebene Behauptung, sagen zu wollen, der Leipziger Gewerkschaftskongress hätte mit der in dieser Frage gefassten Resolution über die Umwandlung der Gewerkschaften in Industrieverbände den endgültigen Weg aus dem Holze gewiesen.

Schon jetzt zeigt sich, daß der Leipziger Beschluss nicht so auswirken wird, wie die Antragsteller es annehmen. Die Stellungnahme der Generalversammlung des Fabrikarbeiterverbandes lehrt, wie wenig diese Resolution das Innere Leben großer Organisationen berücksichtigt, und so wird noch viel Wasser zu Laufen, ehe das letzte Wort in dieser Frage gesprochen ist.

Die Antragsteller wiesen zur Begründung auf die Zusammenballung des Kapitals hin, eine Tatsache, die nicht zu bestreiten ist, und auf die wirtschaftspolitischen Aufgaben, die den Gewerkschaften aus der Neuordnung der Dinge in Deutschland erwachsen. Ob nun gerade diese Aufgaben durch den Zusammenchluss zu Industrieverbänden gelöst werden oder ob nicht der DGB, als Spitzenverband hierfür die geeignete Stelle, darüber sind die Meinungen jedenfalls verschieden.

Ganz besonders wurde auch auf die Grenzstreitigkeiten zwischen den Gewerkschaften hingewiesen, die nur durch Zusammenschluß zu Industrieverbänden aus der Welt geschafft werden könnten. Es ist aber zu bezweifeln, ob mit der neuen Organisationsform diese Schwierigkeiten aufhören, zumal eine genaue Abgrenzung wohl nie erreicht werden dürfte, und auch die Leipziger Resolution mit ihrer schematischen Zusammenfassung der Industrien bedeutet keine Lösung.

Auch die Generalversammlung unseres Verbandes hat sich mit der Neugestaltung der Organisationsform befaßt und durch die Abstimmung wird der Kollegenschaft Gelegenheit gegeben, klar zur Situation Stellung zu nehmen.

Betrachtet man die bisherigen Meinungsäußerungen zu der Frage, so ist festzustellen, daß eine einheitliche Aufassung über den inneren und äußeren Aufbau eines Industrieverbandes für das graphische Gewerbe nicht besteht. Während auf der einen Seite die Zusammenfassung der vier graphischen Verbände mit starker Zentralfunktion verlangt wird, möchte man andererseits unter keinen Umständen das liberale System unseres Verbandes aufgeben, und ein Dritter sagt, wenn für die vorhandenen Organisationsformen nur zusammenfaßt, dann schafft ihr wohl einen graphischen Berufsverband, aber beileibe keinen Industrieverband.

Weiter wird ausgeführt, in einem Einheitsverbande lasse sich die technische Entwicklung leichter überleben und die daraus entspringenden Schwierigkeiten lassen sich schneller beseitigen, wobei namentlich auf scharfe Auseinandersetzungen bei der Regelung der Arbeits- und Disziplinarangelegenheiten hingewiesen wurde. Wie derartige Dinge zu überwinden sind, zeigt das Abkommen zwischen den beteiligten Verbänden am besten. Wenn entstandene Streitigkeiten bei allen Gewerkschaften so vom Geiste verständnisvoller Eingehens auf die Erfordernisse der Lage getragen wären, wie es bei der Vereinbarung der Fall war, dann könnten die Grenzstreitigkeiten zwischen den Organisationsformen keinen Kardinalpunkt in der Gewerkschaftsbewegung bedeuten.

Auch die Schulung und Weiterbildung der Betriebsräte soll ebenfalls ein Grund sein für den Zusammenschluß zu Industrieverbänden. Dieser Sinnels trifft nicht zu. Wenn bei den Betriebsräten handelt es sich wesentlich um die Förderung von Kenntnissen auf dem Gebiete des Arbeitsrechts und der Volkswirtschaft. Die Vermittlung dieser Kenntnisse wird aber im allgemeinen am zweckmäßigsten unter brüderlicher genereller Zusammenfassung der Betriebsräte aus allen Industrien erfolgen können und müssen und ist daher kein entscheidendes Bestimmungsmerkmal für eine Änderung der Organisationsform.

Dann wird weiter gesagt, innerhalb des Industrieverbandes ist es ein selbstverständliches Recht der einzelnen Branchen, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln innerhalb der durch die Interessen der Allgemeinheit gezogenen Grenzen. Wenn diese Selbstständigkeit der einzelnen Branchen aus gegeben betrachtet wird, dann heißt es doch für verständlich, dem jetzt bestehenden Gewerkschaften ausrecht zu erhalten und durch engeres Zusammenarbeiten in den graphischen Kartellen alle gemeinsamen Fragen zu fördern. Gerade das mangelnde Zusammenarbeiten der Kartelle mit dem Graphischen Bund hat zweifellos dazu geführt, daß die Verbindung innerhalb der graphischen Organisationen nicht so weitgehend ist, wie es notwendig wäre. Denn die Kartelle sind es, die uns auf dem Wege zum näheren Zusammenwirken die besten Dienste leisten können.

Wie steht es nun auf dem Gebiete der Lohngestaltung? Sämtlich begegnet man im Kollegienkreise der Auffassung, der Industrieverband würde uns den Weg zu höherer Entlohnung zeigen. Daß dem nicht so ist, wurde schon auf der Leipziger Generalversammlung klipp und klar ausgesprochen, und es wird wohl auch von keinem Bestreuer des Industrieverbandes behauptet, der Zusammenschluß führe zu höheren Löhnen.

Eine Frage von ganz besonderer Wichtigkeit ist die der Verfassung in der Einheitsorganisation. Unser föderativer Verfassung hebt die Forderung scharf zentraler Zusammenfassung gegenüber. Auch hier herrscht unter den Fürsprechern des Industrieverbandes keine einheitliche Meinung. Auf der einen Seite verlangt man den Industrieverband, der, wenn er den schon bestehenden nachgeformt wird, eine starke Zentralfunktion verlangt und damit das Wesentlichste der Bürokratisierung der Verwaltung in sich birgt, auf der anderen Seite wird weitestgehende Beweglichkeit der einzelnen Glieder verlangt, und dann kann man, wie ich schon vorher bemerkte, es lieber so lassen, wie es ist. Für uns Buchdrucker würde jedenfalls das Aufgeben unseres bisherigen Aufbaues ein Opfer bedeuten, von dem wir nicht bewußt sind, daß die Gegenleistung auch nur ein schwacher Ausgleich dafür ist. Es war für unsern Verband stets ein besonderer Vorzug, der in der weitgehenden ehrenamtlichen Ausübung gewerkschaftlicher Tätigkeit lag. Diese Betätigung war gleichzeitig eine Schulung, die nur zum Nutzen der Gesamtheit ausschlagen konnte. Dieses enge Verwachsen mit der Organisation ist es, das den Verband groß gemacht hat, und nicht die schlechtesten Führer der Arbeitererschaft haben sich in dieser Kleinarbeit die Sporen verdient.

Sinnlos wird somit festgestellt, daß eine Stärkung der Meinungen bisher nicht zu verzeichnen ist, so kümmert diese Tatsache untre Schwager von den Lithographen und Steinbrücker nur wenig, denn sie legen sich mit ganz besonderer Energie für den Industrieverband ins Zeug. So enthält die Nr. 9 des „Graphischen Bundes“ unter der Epithete „Deklamationen oder Saten“ eine Auslassung, in der auch eine Resolution zum Ausdruck kommt, die auf dem Verbandstage der Lithographen und Steinbrücker fast einstimmig zur Annahme gelangte. Darin heißt es:

Die Dauerkrise des Kapitalismus zwingt die Gewerkschaften zu der Erkenntnis, daß die Lohnerböhrungspolitik heute nicht mehr zum Ziele führt, weil die Erzeugung bewirkt, daß trotz aller Erhöhung der Löhne der Reallohn immer mehr sinkt. Die Welt der Arbeitnehmer geht nicht im Arbeitsverhältnis auf, sondern ihr Interesse liegt in der gesamten Wirtschaft und im gesellschaftlichen Leben des Staates selbst. Aus diesen Gründen müssen die Gewerkschaften aus den einzelnen Lohnkämpfen des engen Berufskreises herausgehoben werden, um in Massenkämpfen der Industrieorganisationen und in allgemeinen Aktionen des ADGB mit allen gewerkschaftlichen Kampfsmitteln und in Verbindung mit den sozialistischen Parteien das Wirtschaftsleben und die Gesetzgebung im Interesse der Arbeiterschaft zu beeinflussen. ...

Kann man mit den beiden ersten Sätzen der Resolution einverstanden sein, so überrascht es doch, welche Beweismittel für die Notwendigkeit der Bildung von Industrieverbänden herangezogen werden. Ein derartiges Herumzittern auf Gemeinsamkeiten ist von einer Tat mindestens ebenso weit entfernt wie die Tat von einer Deklamation.

Wenn ich an unsere inneren Zustände vieles saul und manches muß mit verklärter Kraft bekämpft werden, aber der ADGB, die sozialistische Partei sind stets nur soweit imstande für die Arbeiterschaft zu wirken, als es im Ausnahme der hinter ihnen liegenden Energie liegt. Und wenn innerpolitisch die Ergebnisse bisher nicht so waren, wie wir es alle wünschen, so liegt dies zum Teil an Dingen, die auch dem Verfasser der Resolution nicht ganz unbekannt sein dürften.

Nicht durch „Massenkämpfe“ und „Aktionen“ wird die Lage der Arbeiterschaft gehoben, und dazu bedarf es nicht der Bildung von Industrieverbänden, sondern durch Hebung unserer Produktion. Darum soll man auf den Kern der Dinge hinwirken, und der liegt in dem unglückseligen Mangel an Verkaufes. Solange die internationalen Kapitalistendünen und die von ihnen gehobenen Staatsmänner unserer früheren Gegner nicht zu einer anderen Aufassung ihrer Stellung zu Deutschland kommen, solange es der Arbeiterschaft in jenen Ländern nicht gelingt, einen andern Kurs herbeizuführen, so lange werden Milliardenwerte hochqualifizierte deutsche Produkte ohne Gegenleistung alljährlich aus unserer Volkswirtschaft herausgeschleudert, um in dem bodenlosen Gasse der Reparationen zu verschwinden. Dazu kommen die Kohlenlieferungen, die es uns unmöglich machen, unsere Produktionskräfte ergiebig auszunutzen. Dazu kommen noch handelspolitische Maßnahmen, die den Produzenten der Entenslektanten das Marktbeginnsrecht in Deutschland gewähren, ohne uns in ihren Ländern die gleichen Rechte einzuräumen. Das sind die Kernfragen, die wir nur mit Hilfe der internationalen Arbeiterschaft lösen werden.

Wenn wir nun zu einer Stellungnahme in der uns vorgelegten Frage kommen, so zeigt sich, daß der Augenblick zu einer Entscheidung für den Industrieverband noch nicht gekommen ist. Einer Bejahung der Frage steht die ungeklärte Stellungnahme in der Verfassungsgestaltung entgegen, von dem Gebiete der Lohnregelung ganz abgesehen. Auch in dem Mangel der Tarife muß erst ein größerer Ausgleich geschaffen werden. Auch glaube ich annehmen zu dürfen, daß es nicht berufspolitische Motive sind, die eine ablehnende Stellung zum Industrieverbande diktiert, sondern die Erkenntnis, daß nichts der Vorwärtsentwicklung der Arbeiterschaft schädlicher sei als dumpfe Uniformierung und Schematisierung. Nur durch möglichst freie Stärkung des Eigenlebens der einzelnen Glieder innerhalb der graphischen Berufsamilie können wir die Formen entwickeln, die für ein Auseinandergehen Vorbedingung sind, und solange diese Formen nicht entwickelt sind, kann es bei der Abstimmung nur heißen:

Für den Berufsverband!
Berlin-Steglitz
Georg Pfisch.
(zur Zeit Frankfurter a. M.)

Etwas über Lehrlingserziehung

Es soll hier heute von einem Thema die Rede sein, über das im „Kor.“ nicht gar so oft etwas zu lesen ist. Trotz aller Mäße der Zeit darf aber gerade dieses wichtige Kapitel nicht allsehr in den Hintergrund gestellt werden.

Gegenwärtig ist es so, daß der, der die Meisterprüfung abgelegt und das 24. Lebensjahr vollendet hat, das Recht ausgeprochen erhält, Bezahlung zu halten bzw. auszubilden. Flüchtig betrachtet, muß man diesen Zustand für einwandfrei ansehen, denn ein Mensch, der die vorgenannte Prüfung bestanden hat, wird wohl auch so viel technische Kenntnisse besitzen, um seinen ihm anvertrauten Zöglingen eine gute Sachausbildung angeben zu lassen und sie zu brauchbaren Berufsgenossen heranzubilden. Aber, so muß sich jeder denkende Mensch fragen, kommt es denn bei der Ausbildung der Lehrlinge nur auf eine berufliche Erziehung an oder muß nicht auch jeder Zögling zu einem in jeder Beziehung brauchbaren Gliede der menschlichen Gesellschaft herangebildet werden? Muß nicht außerdem jeder junge Mensch behandelt zu werden verstanden sein? Muß nicht allein nur die körperliche als auch die seelische Beschaffenheit gleichermaßen beachtet werden? Wir werden dies alles bejahen und doch zugleich sagen müssen, daß wir in diesen Beziehungen noch lange nicht allen Anforderungen gerecht geworden sind. Wenn auch anerkannt werden soll, daß die Lehrlingserziehung in manchen Disziplinen geradezu nachahmenswert gehandhabt wird, so ist doch mancher Lehrlingsanleiter direkt ungeeignet, junge Men-

schern zu erziehen, sei es, weil er selbst zu wenig Bildung und gute Umgangsformen besitzt; sei es, daß es ihm überhaupt nicht liegt, junge Menschen zu verstehen, geschweige denn zu behandeln und zu erziehen. Es fehlt bei einer ganzen Anzahl von Lehrlingsanleitern an genügender psychologischer Vorbildung, über die Erzieher eigentlich verfügen müßten. Man darf eben beim Umgang mit jungen, sich in der Sturm- und Drangperiode befindlichen Leuten nicht von sich aus schließen und urteilen, sondern man muß sich in die junge Seele hineinverleihen lassen; man muß die Handlungsweise und die Anschauungen dieser Menschen richtig verstehen lernen und auf besonders seelische Veranlagung Rücksicht nehmen. Am besten wird dies gelingen, wenn sich die Lehrlingsanleiter einmal selbst die Gedanken und Ansichten in ihr Gedächtnis zurückrufen, die sie einklinken im gleichen Alter gehabt hatten, und mit dieser Einstellung wird sich sehr viel erreichen lassen. Ein rüpelhaft gearteter Junge muß eben anders behandelt werden als einer, der bei jedem strengen Worte zusammenzuckt oder gar in Tränen ausbricht. Schlimm ist es, wenn ein Junge mit einem schwerfälligen Begriffsvermögen bei jeder Gelegenheit seine direkte Unfähigkeit vorgefallen bekommt. Dieser bedauernswerte Mensch muß ja direkt mit Grauen des Morgens seine Lehrwerkstätte aufsuchen, anstatt mit Freuden dahin seine Schritte zu lenken, wo er für den Daseinskampf ausgebildet und gefestigt werden soll. Aberhaupt muß an die Lehrlings-erziehung mit sehr viel Liebe und Geduld herangegangen werden, soll sie für beide Teile ergebnisreich werden.

Als ein bedeutsamer Fehler erweist es mir, daß bei den Meisterprüfungen nicht auf darauf geachtet wird, ob der angehende Lehrlingsanleiter befähigt ist, außer der technischen Ausbildung seinen Zöglingen eine solche angeleitet zu lassen, die sie sowohl in moralischer als auch in staatsbürgerlicher und gewerkschaftlicher Hinsicht zu brauchbaren Zeitgenossen heranbildet. Es soll nicht damit gesagt sein, daß während der Lehrzeit besondere Stunden dafür eingelegt werden müßten; diesen Zweck erfüllen ja die Schulen. Aber es soll bei der Erziehung der Lehrlinge immer dieses bestimmte Ziel im Auge behalten werden, sie müßte sich auf dieser Grundlage aufbauen. Der Lehrmeister ist eben neben Elternhaus und Schule dazu berufen, die Anschauungen der jungen Menschen richtunggebend zu beeinflussen, natürlich in vernunftgemäßer, nicht anstößiger Weise.

Um nun die Lehrlingserziehung für ihre wichtigen Aufgaben in der Lehrlingsanstellung vorzubereiten, müßten sie entsprechende Ausbildung bei den Meisterprüfungskursen erfahren, auch kommen psychologische und andre Kurse der wohl in jeder größeren Stadt vorhandenen Volkshochschulen dafür in Betracht. Aberhaupt müßten lehrer-erziehende Schulen und alle anderen Bildungsinstitutionen sich eines viel regeren Zuspruchs von Seiten der Intelligenz der Arbeiterschaft erfreuen, besonders aber von denjenigen, die in ihrem Berufe höher steigen wollen. Neben einer guten Berufsausbildung ist auch eine weitgehende allgemeine Bildung notwendig. Wer an die Lehrlings-erziehung will, muß auch selbst auf erzogen worden sein oder sich selbst eine sorgfältige Erziehung gegeben haben. Wir sind es unserer Jugend schuldig, daß wir danach trachten, sie weiter zu bringen, als wir selbst gekommen sind; in jeder Beziehung. Um diesen Zweck zu erreichen, müssen wir auch einen vortrefflichen Stab geeigneter Lehrlings-erzieher uns heranzubilden.

Um nun die geleistete Erziehungsarbeit der Lehrlings-anleiter nicht illusorisch zu machen, möchte ich an alle andern Kollegen das Wort richten, bei Gesprächen, Handlungen usw. auf die etwaige Anwesenheit von Lehrlingen Rücksicht zu nehmen. Was die jungen Leute misunter für junge Dören nicht Gelegenes zu hören bekommen, spottet jeder Beschreibung. In mancher Offizin wird durch vielfach unbedachte Äußerungen geradezu Gift in die junge Seele geträufelt, das sich sehr oft nie mehr entfernen läßt. Gar zu leicht wird bei jungen Leuten in Folge verantwortungslosen Schwärmes die frauliche oder die gewerkschaftliche Utopie oder die des Anleitenden untergeben, manches Ideal wird somit in den Augen der angehenden Berufsgenossen verächtlich gemacht und in den Schmutz gezogen. Man halte sich doch stets vor Augen, daß nichts schlimmer wirkt als ein schlechtes Beispiel. Mühen doch alle zu verstehen, sich selbst und andre immer höher zu bringen, damit sich Früchte zeigen, die der Gesamtheit zum besten dienen!

Breslau. kr.

Gehilfenentlassung und Lehrlings-einstellung

Groß waren jeweils die Klagen über Papierwucher, Arbeitsmangel, Geldbeschaffung usw., die den Gehilfenvertretern von den Prinzipalen bei den Lohn- oder bei den Tarifverhandlungen vorgebracht wurden. Aber noch immer haben sie sich nicht ernstlich gewehrt gegen den Papierwucher, der die größten Kalamitäten hervorgerufen hat.

Plan der Beschäftigung nachläßt, werden viele Kollegen, und nicht immer nur junge, auf die Straße geschleift. Leider kann die Gehilfenchaft nicht viel dagegen machen, aber ein Weg, und zwar ein wirksamer, kann doch beschritten werden, um die Arbeitslosigkeit mehr zu unterbinden: Keine Lehrlinge mehr einstellen, so lange die Arbeitslosenziffer derartig zunimmt wie jetzt und immer mehr Kollegen vom Beruf abgeben müßten!

So lange noch neue Kräfte dem Berufe zugeführt werden, nachdem schon die jetzige Zahl der Gehilfen nicht mehr beschäftigt werden kann, muß auch hier kräftig ein-

geleitet werden. Es kann doch wohl von uns nicht verlangt werden, Lehrlinge bis zum letzten Aufsprüngen oder schließlich noch darüber auszubilden, und dann selbst die Straße gehen zu müssen. Erst wieder die Entlassenen in die Betriebe, dann mögen die Lehrlinge kommen. Ist für die Lehrlinge Arbeit da, dann gibt es auch solche für die Gehilfen.

Sachsen-Baden.

Alfons Bräukle.

Auf dem Gimpelgang

Die Anlegung auf den „Zeitschrift“-Artikel „Jugendverheerung“ in Nr. 78 des „Korr.“ scheint gewissen Kreisen sehr auf die Nerven gefallen zu sein. Unter der Spitzmarke „Die Neutralität“ des freien Gewerkschaften“ brachte nämlich die „Zweibrücker Volkszeitung“, ein führendes Zentrumsblatt der Westpfalz, einen längeren Artikel, der sich in tendenziöser Weise mit den Ausführungen im „Korr.“ beschäftigt und worin dargelegt werden soll, daß sämtliche freien Gewerkschaften, vor allem aber der „freie“ Buchdruckerverband, rein sozialistische Organisationen sind. Als „Beweis“ dieser Behauptung wird der Satz zitiert:

„Soll der Verband der Deutschen Buchdrucker seine Lehrlingsabteilungen nicht im Sinne der christlichen Gewerkschaften, im Sinne der Gehilfen oder Junglingsvereine erleben? Das muß uns doch nun der blasse Nichts sein, daß wir für allemal nicht darauf sind, Sozialisten zu sein, und daß wir unter Lehrlingen, unsern Nachwuchs, zu erleben, daß sie sich als spätere Gehilfen wärmen in unsere Reihen einblenden.“

Der Artikel schließt mit der Frage: „Werden die vielen Nichtsozialisten im Buchdruckerverbande nun endlich die Konsequenzen ziehen?“

Tatsächlich, sie werden die Konsequenzen ziehen und den Artikel als das betrachten, was er ist — als Reklamefantasma für die christlichen Gewerkschaften. Man will die nichtsozialistischen Kollegen „gruselig“ machen vor dem „roten“ Verbände, der die Neutralität auf politischem und religiösem Gebiete nur als Verhandlungsspiel für die Nichtsozialisten mißbraucht.

Gewiß! Wir erleben unter Lehrlingen in sozialem Geiste; das sind wir unsern Nachwuchs schuldig. Sie müssen das Nützliche für den Waiseinkampf, der ja gerade in unserm Gewerbe von Tag zu Tag erbitterter wird, von uns erhalten. Aber man sollte doch auch ehrlich sein und sich eingestehen, daß wir betrifft sind, unsere Lehrlinge auf technischem Gebiete zu brauchbaren Gehilfen zu erziehen. Die Arbeit unserer Fachschulen, unserer Lehrlingsabteilungen und des vorzüglich geleiteten „Jungbuchdruckers“ liefern doch dafür den schlagendsten Beweis.

Und nun noch eine Frage. Warum haben die christlichen Blätter losgelegt gegen unsern Verband? Warum verweigern sie aber ihren Lesern, das es in Deutschland Zeitungen dieser Richtung gibt, die den Tarif nicht anerkennen haben, nur um ihren Gehilfen nicht das zahlen zu müssen, was — als gerecht, billig und verbindlich anzusehen ist? — Als hätte eben der Herr im Himmel...
Denn, ihr christlichen Kollegen, laßt euch durch solchen Geschreibsel nicht auf die Palme setzen. Eure Interessen werden im Verbands der Deutschen Buchdrucker genau la vertreten wie die eurer sozialistischen Kollegen; eure politische und religiöse Überzeugung bleibt unangefastet. Was mitunter in langen Artikelserien von christlichen Blättern über unsern Verband versetzt wird, ist unrichtig oder tendenziös entstellt und hat nur den einen Zweck: Gimpel zu fangen.

Zweibrücker (Pfalz).

Edmund Bräukle.

alleher zum polnischen Verband über. Allerdings ist zu bemerken, daß die Buchdrucker in Polen besser bezahlt werden als in Deutschland, Infolge der Teilung Österreichens trat im abgetrennten Gebiet eine föhliche Steuererhöhung ein, die in letzter Zeit ein zweimaliges Sondervorgehen notwendig machte. Durch das geschlossene Vorgehen aller Kollegen konnten am 5. August 300 M. und ab 23. September weitere wöchentliche Zulagen erungen werden. Die reichsamtlichen Zulagen werden ebenfalls weitergezahlt.

Mün. (Verzinsung der Schriftsteller, Stereotypure und Galvanoplastiker des Gauzes Reichslands-Westfalen.) Am 24. September in Offen abgehaltene Gauerparlament war von einzelnen Bezirken sehr gut besucht. Vorsitzender Ziber eröffnete die Versammlung mit begründeten Worten. Das Resultat der vom Gauvorkauf aufgenommenen Statistik fand allgemeine Anerkennung, und der Gauvorkauf wurde erfaßt, die Statistik an die einzelnen Bezirke zu senden. Die von der Zentralkommission beschlossene Beitragserhöhung auf 6 M. pro Monat wurde einstimmig gutgeheißen. Nach Verlesung des Klassenberichts, der leider kein rollger war, hielt Herr Salenberg (Essen) einen Vortrag über das Duraplate-Verfahren. Durch Ausstellungsmaterial unterklüft, verstand es der Redner, in kurzen, klaren Worten die Anwesenden über das neue Verfahren aufzuklären. Er bezeichnede das Verfahren als beachtenswert für unsere Spartenkollegen. Wie alle Erfindungen, habe auch diese noch verschiedene Mindertränkheiten zu überleben. Die darauf erfolgte Diskussion ergab manches für und Wider. Kollege Gans (Düsseldorf), der Gegenbeil hatte, mit dem Verfahren näher bekannt zu werden, machte interessante Ausführungen. Sollte die Erfindung seinen Fuß fassen, so sei es Aufgabe der Organisation, auf der Hut zu sein. Der Vorsitzende dankte dem Referenten den Dank der Versammlung ab. Die vom Gauvorkauf eingereichten Anträge wurden mit kleinen Änderungen einstimmig angenommen. Der Gauvorkauf wurde anstalt 1 M. auf 2 M. ab Oktober erhöht. Die Wahl der Technischen Kommission fiel auf Düsseldorf unter dem Vorsitz des Kollegen Gans. Der von letzterem gehaltene Vortrag über „Ziel- und Tonplattenschliff“ brachte manche beachtliche Ausführungen. Er gab den Kollegen den Rat, sich vollständig an den Zeiltschliffkurven zu beteiligen, denn nur dadurch könnten wir diese Arbeit für uns in Anspruch nehmen. Vortrag sowie Antragsmaterial ließen erkennen, daß der Redner mit seinen Leistungen auf der Höhe ist. Auch ihm wurde der Dank der Versammlung erfaßt. Als nächster Versammlungsort wurde Düsseldorf gewählt.

Bl. München. (Verteilerberichts.) In einer Mitgliederparlament am 4. August, einer außerordentlichen Generalversammlung am 22. September und einer Vertreterversammlung und Betriebsratparlament wurden die Vereinsangelegenheiten im dritten Vierteljahr erledigt. Vor Berichterstattung der Kassensachverständigen wurde der verteilte Kollegen erdgnd. gebohrt. Mehr als 80 Mitnahmen wurden zugestimmt. Aber die in der letzten Zeit der Versammlungsberichterstattung abgehaltenen Tarifausführungen und die Gauvorkaufkonferenz wurde das Beschlußprotokolle und die Berichte im „Korr.“ ergänzende, die Situation im Gewerbe wie die Stellungnahme der Gehilfen und die Prinzipalratsvertreter erläuterte Referat des Kollegen Semmerich entgegengenommen. In Aussprachen die Inzulänglichlichkeit des Erreichens betont und Wünsche für kommende Abschlüsse zum Ausdruck gebracht. Zur Tarifreue wurden mehrere Vorschläge gutgeheißen. — Die Versammlung am 22. September erklärte sich nach Kenntnisnahme eines Berichts des Kollegen Böbling über die Maßnahmen zur Erhöhung der Beiträge und Leistungen der Allgemeinen Ortskrankenkasse München (Stadt) mit der Haltung unserer Vertreter einverstanden, kritisierte aber verschiedene Anordnungen der Kasse und Behandlungsmethoden der Ärzte, die nicht als im Interesse der kranken Kollegen liegend bezeichnet werden können. Hierauf wurden die Berichte der Orts- und Gaukassen über das zweite Vierteljahr genehmigt und der Beitrag zur Ortskasse ab 1. Oktober auf wöchentlich 24 M. festgesetzt unter gleichzeitiger Erhöhung der Unterstützung an Arbeitslose auf täglich 25 M., des Zuschusses an Rentende auf 50 M. — In einer Generalversammlung der Mitglieder der Freiwilligen Sterbekasse am 22. September wurde beschloffen, in Folge der sich immer mehr heiternden Bestallungskosten die Beiträge und Leistungen entsprechend zu erhöhen. Die Beiträge, die im Umlageverfahren eingehoben werden, betragen pro Sterbefall und Mittalbed 5 M., wofür beim Ableben eines Mittalbedes 7500 M., wenn gleichzeitige Mann und Frau Mitglieder sind, beim Ableben des Mannes 10000 M. ausbezahlt werden; außerdem werden bei Sterbefällen von Kindern bis zu 5 Jahren 750 M., bis zu 10 Jahren 1000 M. und bis zu 14 Jahren 1500 Mark bezahlt.

Osnabrück. (Maschinenleher.) Die am 24. September in Melle abgehaltene Bezirksparlament unserer Vereinigung erregte sich eines guten Besuchs. Unser Kreisvorsitzender, Kollege Danneker (Hannover), gab einen ausführlichen Bericht über die Konferenz der Kreisvorsitzenden der Maschinenlehervereinigungen am 2. und 3. September in Berlin. Er wußte seine Ausführungen durch Einkleidung verschiedener Fingerzeige für Betriebsräte und über die Demobilisationsverordnung usw. recht interessant zu gestalten. Es wurde einstimmig beschloffen, den Beitrag ab 1. Juli von 9 M. auf 20 M. zu erhöhen. Vier Neuaufnahmen wurden vollzogen. — Der Versammlung war eine Besichtigung des Sehmachmaschinenparks (14 Typographen) der Firma B. C. Haag vorausgegangen, die allseitige Beifalligung bot. Der Firma sowie den Meller Kollegen sei auch an dieser Stelle Dank gesagt.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Neue tarifamtliche Lohn Tabellen. Neue Lohn Tabellen, enthaltend die Röhre für Gehilfen, Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen (nach Wochen-, Tag- und Stundenlohn berechnet) und das Festgeld der Lehrlinge, sind vom Reichsamt der Deutschen Buchdrucker, Berlin SW 48, Friedrichstraße 239, zum Preise von 9 M. pro Exemplar bei portofreier Zustellung sofort zu beziehen. (Postcheckkonto Nr. 85058 Berlin NW 7.) Vorherige Einlegung des Beitrags der Einfachheit halber dringend erbeten. Wir empfehlen die Anschaffung dieser offiziellen Lohn Tabellen allen Kollegen.

Zweiteres Besarzen über Urheberschaft und Folgen der Urheberschaft. Die „Neue Leipziger Zeitung“, ein Mittelst-Blatt, hängt im Gegenfats zu der großen Mehrzahl der andern bürgerlichen Zeitungen, dann und wann der Frage die Schelle um und nennt die Dinge beim richtigen Namen. Am 14. Oktober ist das auch wieder der Fall gewesen. Da wurde die neue Verleuerung von Brot, Kartoffeln und Milch mit bedenklichen Worten geschildert und wurde darauf hingewiesen, daß nach den Veröffentlichungen des Leipziger Statistischen Amtes allein die Feuerungsabgabe 1 (Waldaufwand an Abzug, Wohnung, Heizung und Beleuchtung für eine fünfköpfige Familie in vier Wochen) von 9925 M. am 13. September auf 14190 M. am 11. Oktober aufgerückt ist. Diese damit nur erst zum Teil festgestellte — es gibt dretierlei Feuerungszahlen —, trotz ihrer unerkennbar zu niedrigen Ansetzung doch schon 43,2 Proz. ausmachende weitere Verleuerung gibt der „N. Z.“ Veranlassung zu den nachstehenden erntehalten Worten: „Wohin — bei der sprunghaften Steigerung unserer notwendigen Lebensbedürfnisse, im Vergleich zu dem Einkommen, die Verhältnisse führen werden, ist nicht abzusehen. Tausende Familien stehen vor einem Rästel, sie wissen nicht, wie sie über den Winter hinwegkommen sollen. Notwendig ist, daß Landwirte und Händler die Dinge nicht auf die Spitze treiben.“ Die „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ steht in ihrer Nummer vom 13. Oktober bei der Urheberschaft und bei der Buchdruckergehilfenchaft in erster Linie den Ursprung des Anheils. Der Satz: „Da die Lohnerhöhungen sich auf sämtliche Gewerbezweige erstrecken, so können durch die ewigen Lohnerhöhungen nur die Produktionskosten im ganzen Reiche verleuert werden“, ist noch eine der harmlossten Weisheitsverapflungen. Darauf soll bei nächster Gelegenheit näher eingegangen werden, hier wollten wir nur einen eskalanten Widerspruch aufzeigen, der durchaus zungunstig der „Zeitschrift“ ausfällt.

Ergebnis der neuen Lohnverhandlungen der Buchbinder und Papierverarbeiter. Der Reichsamt für die Textil- und Kartonnagenindustrie hat bei den bisherigen Verhandlungen in Weimer unter recht schwierigen Umständen eine von der Regierung des Buchbinderverbandes geforderte Erhöhung gefunden, wenn auch in beträchtlichem Abstände von dem gewünschten Maße. Diese Beratungen begannen und endigten etwas früher als die des Tarifausflusses der Buchdrucker. Die vom „Abdek“ (Abteilungsverband der deutschen Textil- und Kartonnagenindustrie) abgelehrt als sonst erschienenen Vertreter entfalteten heftigen Widerstand und erwiefen sich als wahre Schreckensbilder für soziales Verhältnis und wirtschaftspolitische Kenntnisse. Was da von dem jüngeren Personal alles behauptet wurde, überließ weit das, was als unerhörliche Ausnahmeseinweisung auch von überlegenden Arbeitern verurteilt werden wird. Behauptungen über den Lohnstand in dieser Branche im allgemeinen wurden aufgestellt, die von den Herrschaften direkt aus dem Blauen genommen sein mußten. Der Umchwung in der Textilindustrie und die dort von den Unternehmerverbänden angeblich hinausgegebene Umwertung, nichts weiter zu bewilligen, ferner die in anderen Industrien angeblich beobachtete Verminderung der aufgestellten Forderungen und ähnliche Bremsmittel mußten schwer gehalten, die Position der Arbeitervertreter zu erschüttern. Die aber diesen gut stand, wie sie schon zu Anfang der Beratungen durch die Drohung, zentrale Verhandlungen hätten wohl keinen Zweck mehr, hier und da hätte durch heftiges Vorgehen noch einmal etwas erreicht werden, dann aber stände die Urheberschaft vor einer absterbenden Industrie, von der nichts mehr zu holen sei, sich nicht betreten ließen. Die Verhandlungen wurden schließlich sogar als gescheitert abgebrochen. Ein kleinerer Verhandlungskörper aber setzte sich dann nachts in der zwölften Stunde noch einmal zusammen, und so wurde dann bis zum Morgen eine Verständigungsballis gefunden. Das neue Lohnabkommen gilt bis zum 2. November; es setzt ab 6. und ab 20. Oktober zu gewöhnliche Zulagen fest. Besonders immer die höchste Altersklasse angenommen, erhalten Facharbeiter in Berlin ab 6. Oktober eine Zulage von 11,10 und ab 20. Oktober eine solche von 12 M., in der Ortskasse I sind diese Sätze 10,95 und 10,80 M., in der Ortskasse VI 8,90 und 8,70 M. Die Hilfsarbeiter, Facharbeiterinnen und Hilfsarbeiterinnen bekommen nach Alters- und Ortsklassen niedriger abgestufte Zulagen. — Die Lohnverhandlungen des Buchbinderverbandes mit den „Wpi“-Verbänden, d. h. für Buchbinder, Buchdruckerbinder und Gekochbuchbranche, wurden in Goslar geführt und kamen am 10. Oktober zum Abschlusse. Das neue Abkommen gilt vom 8. Oktober bis 8. November. Die Ziffern für das ganze Reich sind noch nicht veröffentlicht. Für Leipzig ergibt sich für über 24 Jahre alte verheiratete Gehilfen ab 8. Oktober eine neue Zulage im Betrage von 20 M. pro Stunde (Mittellohn danach 87,50 M.) und ab 26. Oktober von 10 M.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Mar. Breslau. (Maschinenleher.) In der Versammlung am 24. September, in deren Mittelpunkt die Berichtserstattung über die Berliner Vorstandskonferenz stand, wurden wieder drei Kollegen in unsere Reihen aufgenommen. Nach kurzen Begrüßungsworten an alle erschienenen (vertreten waren auch die Bezirksvorsitzenden der Vereine Mogau, Strichberg, Wiegand, Waidenburg und Oberlesien) gab Kollege Birkbach einen ausführlichen Bericht über die Konferenz. Während der sich hieran anschließenden Ausdruckslegung folgende Entschloßung ein, die einstimmig angenommen wurde: „Die heutige Versammlung des Schlesischen Maschinenlehervereins, an der die Vorsitzenden der Bezirke teilnahmen, nimmt Kenntnis von der fruchtbringenden Tätigkeit der Maschinenlehervereinsvereine. Wir bringen an dieser Stelle aber erneut einstimmig zum Ausdruck, daß wir von der Tarifrevision erwarten, daß unsern Unterhändler energisch für die dort gefaßten Beschlüsse eintreten, die sich in unserm Interesse und zum Nutzen der gesamten Kollegenchaft auswirken mögen. Wir helfen uns demzufolge geschlossen hinter unsre Führer.“ Im ferneren Verlaufe der Versammlung wurde auch über die Beitragserhöhung für den Bezirk Breslau verhandelt und der Beitrag auf Vorschlag aus der Versammlung heraus auf wöchentlich 5 M. ab 1. Oktober festgesetzt, und zwar 2 M. Gau- und 3 M. Bezirksbeitrag. Mit dem Wunsche, daß die Versammlungsbeiträge ein noch viel regerer werden möchte, schloß der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

ut. Kattowitz (Schellen). Durch die kurze Verhandlung der oberfeldischen Frage auf der Verbandsgeneralversammlung waren einige polnische Kollegen sehr enttäuscht. In der Monatsparlament am 23. Juni teilten sie deshalb den Beschluß der Gründung eines Verbandes für die Wojewodschaft Schellen mit Anschluß an Warschau mit. Dem Ortsvereine Kattowitz traten 33 Mit-

